



HESSISCHER LANDTAG

24. 09. 2014

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD

betreffend untaugliche "Lärmpausen"-Modelle der Landesregierung beschädigen weiterhin das Vertrauen in der Region

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die von der Landesregierung vorgelegten Modelle für die Einführung von sogenannten "Lärmpausen" nicht den Versprechungen des Koalitionsvertrags von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entsprechen. Erwartungsgemäß folgt dem Formelkompromiss im Koalitionsvertrag, der mit der Vorlage der fünf Modelle endgültig als solcher offengelegt wurde, ein Abschieben der Verantwortung für die konkrete Ausgestaltung der sogenannten "Lärmpausen" in die Region. Dies gilt unter anderem für folgende Punkte:
 - Im Koalitionsvertrag wurden "Entlastungen" in den Stunden von 22.00 bis 23.00 Uhr und 5.00 bis 6.00 Uhr versprochen. Solche "Entlastungen" gibt es mit den vorgelegten Modellen jedoch nicht, da mit ihnen Entlastungen durch zusätzliche Belastungen ausgeglichen werden und so in der Summe nicht nur keine isolierten Entlastungen entstehen, sondern manche Bereiche durch Bündelung des Lärms sogar eine Mehrbelastung erfahren.
 - Das im Koalitionsvertrag vorgegebene Ziel, "regelmäßig" zu Lärmpausen von sieben Stunden in der Nacht zu kommen, wird verfehlt. Eine versprochene "Regelmäßigkeit" von sieben Stunden wird schon theoretisch nur in den Modellen 4 und 5 erreicht. Dadurch, dass diese beiden Modelle aber schon nach eigenen Worten des Verkehrsministers "instabil" sind, d.h. vom Flugbetrieb kapazitatativ abhängig sind, erfüllt keines der fünf Modelle die Vorgabe "regelmäßig" im praktischen Betrieb. Beim Anwachsen der Flugbewegungen in Richtung der planfestgestellten 133 funktioniert keines der fünf Modelle mehr.
 - Die Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag, die "Lärmpausen" durch "den abwechselnden Verzicht auf die Nutzung einzelner Bahnen" umzusetzen, wird mit allen fünf Modellen verfehlt. Beim bereits im Betrieb befindlichen Programm DROPS Early Morning findet ein abwechselnder Verzicht auf die Nutzung einzelner Bahnen statt, d.h. die Starts von den Bahnen werden täglich geändert, um möglichst vielen Betroffenen Entlastungen zu bringen. Dagegen ist bei keinem der fünf Modelle für die "Lärmpausen" ein abwechselnder Verzicht auf die Nutzung einzelner Bahnen vorgesehen und der Verkehrsminister hat auch bereits bestätigt, dass z.B. ein täglicher Wechsel zwischen den fünf Modellen aus seiner Sicht nicht umsetzbar ist. Die "Lärmpausen" halten mithin auch diesem Kriterium aus dem Koalitionsvertrag nicht stand.
2. Der Landtag stellt fest, dass mit keinem der von der Landesregierung vorgelegten fünf Modelle siebenstündige "Lärmpausen" erreicht werden können. Durch die Nutzung der Center-Bahn für Landungen haben die Anwohner unter der Einfluglinie der Südbahn zeitgleich keine "Ruhe" und damit auch keine "Lärmpausen", da beide Bahnen und Anfluglinien nur ca. 500 Meter auseinander liegen.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung kein Modell vorgelegt hat, welches für die Nordwest-Bahn ohne Landungen in der Zeit von 5.00 bis 6.00 Uhr auskommt. Daher werden für die Anwohner dieser Bahn gerade in der morgendlichen Randstunde zu keinem Zeitpunkt Entlastungen vorgesehen.
4. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung der Fluglärmkommission und dem Forum Flughafen und Region keinerlei konkrete Bewertungskriterien an die Hand gibt, wie sie mit seinen fünf Modellen methodisch umgehen sollen. So gibt es keinerlei eigenstän-

dige Bewertungen der Regierung Bouffier, welches Kriterium bei der Beratung der fünf Modelle der Bereich der Höchstbelasteten sein soll oder wie eine Gewichtung der Betriebsrichtungen erfolgen könnte. Auch gibt es keinerlei Kennzeichnung der fünf Modelle hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Leistungsfähigkeit in Richtung der planfestgestellten 133 Bewegungen und keinerlei Definition der Landesregierung bezüglich des Werts einer "Lärmpause", mit der die Gremien der Region Bewertungskriterien der Modelle erarbeiten könnten. All diese Vorarbeiten und politischen Willensbekundungen wären von einer normal arbeitenden Landesregierung zu erwarten gewesen.

5. Der Landtag stellt daher fest, dass die vorgelegten Modelle für eine sogenannte "Lärmpause", deren konkrete Umsetzung durch die Landesregierung - im Wissen der massiven Schwächen aller vorgelegten Modelle - auf die Region abgewälzt wird, zu einem weiteren Vertrauensverlust in der Region führt. Nach dem Wortbruch der CDU-geführten Landesregierung beim Nachtflugverbot würde damit endgültig die Hoffnung auf einen notwendigen und erwünschten Neustart der Flughafenpolitik scheitern.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sollte es zu einer Einführung der sogenannten "Lärmpausen" kommen, bei den Anwohnern unter den von den "Lärmpausen" betroffenen Anfluggrundlinien vor und nach Einführung des zum Sommerflugplan 2015 geplanten Probetriebs Befragungen nach ihrer subjektiven Lärmsituation durchzuführen, damit eine Evaluation der Wirkung der sogenannten "Lärmpausen" erfolgen kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 24. September 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel